



Foto: Novum

DER SCHEIN VON SCHÖNER LANDSCHAFT: UNTER DER OBERFLÄCHE SCHLUMMERT DAS GIFT

Wenige Kilometer vom Steinhuder Meer entfernt im sandigen Gelände bei Bad Rehburg, staut sich täglich eine Kolonne schwerer LKWs vor einem Maschendrahtzaun. Auf der einen Seite des Zaunes liegt die Giftmülldeponie Münchehagen, auf der anderen Seite sterben Tiere und Pflanzen — mit dem nunmehr amtlichen Segen der Staatsanwaltschaft Sie hat ein Ermittlungsverfahren wegen akuter Gefährdung der Umwelt eingestellt. Begründung: Die Gefährdung erfolgt mit offizieller Genehmigung. Burkhard Kühnemann schildert einen exemplarischen Fall.

Eigentlich ist es ja eine ganz normale Sache — kein Grund, sich aufzuregen. Wo gehobelt wird, da fallen Späne, und wo produziert wird, da gibt es Abfälle — und was für welche! Krebszeugende Kohlenwasserstoffe, organische Lösungsmittel, Cyanide, Schwermetalle wie Blei, Cadmium und Quecksilber. Etwa 120 mehr oder weniger giftiger Stoffe lagern in Münchehagen im Norden von Hannover. Täglich kommen 240 Tonnen aus Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und aus dem ganzen EG-Bereich hinzu.

Die Giftmülldeponie Münchehagen (oder wie es offiziell viel beruhigender heißt: Sondermülldeponie) wird von der Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung (GSM) betrieben. Sie entstand 1970 und wurden 1977 zum ersten Mal erweitert.

Das Geschäft mit dem Giftmüll blüht, kein Wunder, denn jährlich fallen in der BRD drei Millionen Tonnen an: Vergraben und vergessen.

Nach dieser Devise würden Betreiber und verantwortliche Behörden auch Münchehagen gern behandeln, aber gerade die sogenannte Altmülldeponie von 1970 macht immer wieder von sich reden. Es blieb nicht dabei, daß Bürger vor ihrer Haustüre Abfälle fanden, die die Giftmülltransporter vorlo-

GIFTMÜLLDEPONIE MÜNCHEHAGEN

Der Staatsanwalt läßt grüßen

Nr. 02/82 (März)

ren hatten: Im benachbarten Wald des Landwirtes Brammer sind auf einer Fläche von 1,75 Hektar sämtliche Bäume abgestorben. Ein forstwirtschaftliches Gutachten dazu — bei einem Experten der Universität Göttingen in Auftrag gegeben — liegt der Bezirksregierung Hannover seit November 1981 vor. Veröffentlicht sind die Ergebnisse bis zum heutigen Tage nicht.

Übrigens:

Nach EG-Richtlinie zwingend vorgeschriebene Grenzwerte für Wasserinhalte für Oberflächengewässer

Cyanide	0,05 mg/l
schnell wirkendes Gift	
Blei	0,05 mg/l
gefährliches sich anreicherndes Blut- und Nervengift, keim-schädigend	
Cadmium	0,005 mg/l
13 - 15 ppm in Lebensmitteln führen zu Erkrankungen, Einlagerung im Skelett, Knochenverweichung	
Quecksilber	0,001 mg/l
Dauernde Aufnahme von mehr als 12 ppm schädigen Gehirn und Nervensystem	
Pestizide	0,001 mg/l
stark giftig, werden in der Nahrungskette angereichert	
Phenole	0,001 mg/l
Nervengift	

Auf einem Feld im Norden der Deponie steht nach heftigen Regenfällen gelblich-grünes Depo-niewasser. Auch dazu sollte von der Arbeitsgemeinschaft „Hydrogeologie und Umweltschutz“ aus Aachen ein hydrogeologisches Gutachten erstellt werden. Der Auftrag aber ist bis heute nicht erteilt, weil Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft erst politisch überprüft werden müssen.

Im nahegelegenen Flußchen Ils, das mit den Deponiegräben in Verbindung steht, wurde bereits

mehrmals ein Fischsterben beobachtet. Vermutete Ursache: Undichtigkeiten der Deponie.

Der Müll wurde in Münchehagen in eine offene Tongrube eingelagert, die nach dem Auffüllen mit einer 20 cm starken Tonschicht abgedeckt wurde. Nach häufigen Zwischenfällen wurde die Tonschicht verstärkt und ein ebenfalls mit Ton ausgekleideter Graben um die Deponie gezogen. Undichtigkeiten traten freilich weiterhin auf.

1980 wurde deshalb als einzig wirksame Maßnahme eine sogenannte Totalsanierung, d.h. eine vollständige Abtragung der Deponie für notwendig erachtet. Nachdem aber die Kosten hierfür auf 2-5 Millionen DM veranschlagt worden waren und sich zudem die Wogen über die dauernden Zwischenfälle ein wenig geglättet hatten, verwundert es nicht, daß in einem Schreiben von Landwirtschaftsminister Glup an die Stadt Rehburg-Loccum im November 1981 zu lesen war: „Für eine Auskoffierung (Abtragung) der Altmülldeponie gibt es derzeit keinerlei überzeugende Gründe.“

Mitte letzten Jahres hat nun die Bürgerinitiative „Rehburg-Loccumer Bürger gegen die Giftmülldeponie“, die während der Auseinandersetzungen um die Deponie 1978 entstanden ist, Strafanzeige gegen Unbekannt bei der Staatsanwaltschaft Verden/Aller gestellt.

Die offizielle Antwort traf kürzlich ein: Das Ermittlungsverfahren ist eingestellt. So weit, so schlecht, das hätte man sich denken können, die Begründung aber ist wirklich erwähnenswert: Nur derjenige Verunreiniger der Umwelt, so die Staatsanwaltschaft, ist zu bestrafen, der unbefugt handelt. Wer also einen Liter Altöl in den Wald kippt, der ist dran. Wer aber als Betreiber eine Giftmülldeponie beispielsweise mit Hexachlorcyclohexan, von

dem bereits geringste Mengen für den Menschen tödlich sind, umgeht, als ob es sich um Altpapier handelte, der handelt — so er im Besitz einer offiziellen Genehmigung ist — befügt und kann nicht bestraft werden.

Ausdrücklich weist die Staatsanwaltschaft in ihrem Schreiben darauf hin, daß die von der Bürgerinitiative aufgezeigten „Mißstände“ nicht bestritten werden sollen und können, aber wer befügt ist...

Die Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung hat derweil umliegende Grundstücke aufgekauft und eine Erweiterung der Deponie beantragt.

Die Bürgerinitiative hat gegen die Einstellung des Strafverfahrens Beschwerde eingelegt. Ihre Forderungen:

— Restlose Beseitigung der Altmülldeponie.

—Anfertigung eines ökologischen Gesamtgutachtens der Deponie.

Verschärfte Vorschriften für die Ablagerung von Giftmüll.

Letztlich lösbar wird das Giftmüllproblem aber wohl nur durch die Einführung umweltfreundlicherer Produktionsverfahren, bei denen kein oder nur wenig Giftmüll entsteht.

Im Hinblick auf die schwindenden Rohstoffreserven bekommt darüberhinaus die Wiederverwendung bzw. Aufbereitung der im Giftmüll enthaltenen Stoffe eine immer größere Dringlichkeit.

Bei Produkten, die nicht ohne Anfall von Giftmüll herzustellen sind, wird auch ein Verbot ernsthaft erwogen werden müssen.

DROGENKLINIK BRAUEL

Zurück zum Drogenknast

Ein untaugliches Modell scheint gescheitert: Viereinhalb Monate nach Eröffnung der Drogenklinik Brauel betreuen dort 57 Mitarbeiter ganze 4 Patienten.

Im Oktober wurde zwischen Hamburg und Bremen die „Entziehungsanstalt Brauel für strafällig gewordene, drogenabhängige Jugendliche“ eröffnet — ein gemeinsames „Modellprojekt“ der fünf norddeutschen Länder. Unter der gruseligen Bezeichnung „psycho-physische Gesamtumschaltung“ sollte dort ein Konzept verwirklicht werden, das aus den USA importiert und dort längst gescheitert war und von der DROBS Hannover als „Schritt in die falsche Richtung, in Richtung repressive Drogenbekämpfung“ verworfen wurde: Zwangstherapie.

Was die Ministerialplaner dabei nicht berücksichtigt hatten, war die Scheu der Gerichte, Jugendlichen (als Voraussetzung für die Einweisung nach Brauel) einen

„Hang zu erheblich rechtswidrigem Handeln“ zu bescheinigen — ein Etikett, das der Bestrafte sein Leben lang nicht mehr loswird.

Ganze vier Patienten wurden seit Oktober nach Brauel eingewiesen. Die Stadt Hamburg signalisierte schon vor der Eröffnung, daß sie sich aus dem Projekt Brauel wieder zurückziehen will, dessen Mitarbeiter sich bislang mit Planspielen die Zeit vertreiben: Pfleger spielen Patienten.

Überlegungen für die Zukunft bestätigen die Befürchtungen von Sozialarbeitern und Drogenexperten: Statt ihrer Forderung „Therapie statt Strafe“ soll mit einem neuen Länderabkommen ermöglicht werden, auch Drogenabhängige aus Jugendstrafanstalten einweisen zu können. Das 4,7 Millionen Mark teure Modellprojekt wäre dann nichts weiter als ein ganz normaler Drogenknast — mit ganz „normalen“ Rückfallquoten, die bei Zwangstherapie erfahrungsgemäß bis nahe an die 100% reicht.

Goetheplatz 5
Tel. 17233
Inh. Michael und Brigitte Beck
geöffnet von 7 bis 20 Uhr

Tag + Nacht
Café